

An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Frau Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 17. Mai 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 30 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages stelle ich, mit Unterstützung der unterfertigenden Abgeordneten, **Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** als zuständiges Ressortmitglied der Burgenländischen Landesregierung folgende

#### **dringliche Anfrage**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Der Rechnungshof überprüfte auf Verlangen von 14 der 36 Mitglieder des Burgenländischen Landtages den Verkauf der FMB Facility Management Burgenland GmbH durch die LIB-Landesimmobilien Burgenland GmbH. Der überprüfte Zeitraum umfasst die Jahre 2016 bis 2020.

Das Unternehmen wurde laut Rechnungshof um 180.793 Euro an einen seiner Geschäftsführer verkauft, wobei die FMB Facility Management Burgenland GmbH von Wirtschaftsprüfern zunächst mit 346.300 Euro bis 733.500 Euro bewertet wurde. Das unverbindliche Höchstgebot eines Bieters lag bei 634.000 Euro. Bei einer zügigen und sorgfältigen Abwicklung hätte ein höherer Verkaufspreis erzielt werden können – zu diesem Schluss kommen die Prüferinnen und Prüfer im veröffentlichten Rechnungshof-Bericht „Verkauf der FMB Facility Management Burgenland GmbH“.

Die FMB Facility Management Burgenland GmbH ist eine 100% Tochter der Landesimmobilien Burgenland (LIB). Die LIB befindet sich wiederum im 100%

Eigentum der Landesholding Burgenland. Die Landesholding ist eine 100% Beteiligung des Landes Burgenland.

Laut Referatseinteilung sind Sie unter anderem für Angelegenheiten der Rechnungshöfe und die Landesholding Burgenland GmbH, alle direkten und indirekten Beteiligungen der Landesholding Burgenland GmbH, soweit diese nicht einem anderen Mitglied der Landesregierung zugewiesen sind zuständig. Sie waren von 22. März 2018 bis 28. März 2019 Aufsichtsratsvorsitzender der LIB-Landesimmobilien Burgenland GmbH. Seit 21. März 2019 bekleiden Sie die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden der Landesholding Burgenland, diese Funktion haben Sie auch im dem vom Rechnungshof überprüften Zeitraum ausgeübt.

Dazu stelle ich folgende Fragen:

1. Laut Rechnungshofbericht kam es im Juli 2020 zu Umstrukturierungen im Facility-Management. Diese wurden durch das Land Burgenland und die Landesholding Burgenland GmbH umgesetzt. Hat es im Vorfeld Gespräche mit Ihnen gegeben?
  - a. Wenn ja, wann konkret?
  - b. Wenn ja, was war der konkrete Inhalt?
  - c. Wenn ja, wer war anwesend bei diesen Gesprächen?
  - d. Wenn ja, hat es Vorgaben gegeben?
    - i. Wenn ja, welche?
  - e. Wenn ja, in welcher Form waren Sie in den Prozess eingebunden?
  
2. Durch die Verschmelzung der FMB Burgenland GmbH mit der Landesimmobiliengesellschaft Mitte Juli 2020 verließen 41 von 181 Beschäftigten die FMB Burgenland GmbH zur FMB Facility Management Burgenland GmbH. Wechselten Bedienstete von der FMB Burgenland zum Land Burgenland?
  - a. Wenn ja, wie viele?
  - b. Wenn ja, gab es dafür eine Planstelle?
  - c. Wenn ja, gab es dafür eine Stellenausschreibung?
  
3. Laut Rechnungshofbericht beauftragte die LIB im Jahr 2018 auf Initiative des Landes und der Landesholding Burgenland GmbH ein Beratungsunternehmen

mit der Erstellung des „Masterplan Immobilienmanagement“. Hat es im Vorfeld der Beauftragung Gespräche mit Ihnen dazu gegeben?

- a. Wenn ja, wann konkret?
  - b. Wenn ja, was war der konkrete Inhalt?
  - c. Wenn ja, wer war anwesend bei diesen Gesprächen?
  - d. Wenn ja, hat es Vorgaben zur Auswahl des Beratungsunternehmens gegeben?
    - i. Wenn ja, welche?
    - ii. Wenn nein, warum nicht?
  - e. Wenn ja, wurde dazu von Ihnen und/oder Mitarbeiter/Innen Ihres Büros ein Auftrag erteilt?
    - i. Wenn ja, warum?
    - ii. Wenn ja, von wem konkret?
    - iii. Wenn ja, was war das Ziel dieses Auftrages?
  - f. Wenn ja, waren Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter des Landes Burgenland dabei?
    - i. Wenn ja, welche?
    - ii. Wenn ja, welche konkreten Aufgaben hatten die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes?
4. Laut Rechnungshofbericht wurde die BBD Bau Betrieb Digital Unternehmensberatung GmbH (FN 484162 d) mit der Erstellung des Masterplanes beauftragt. Es gibt einen 50% Gesellschafteranteil durch Univ. Prof. Dipl.-Ing. Goger, der auch Geschäftsführer des Beratungsunternehmens war. Der Plan wurde im Juli 2019 präsentiert. Exakt zu diesem Zeitpunkt war bereits die Position des Geschäftsführers der BELIG ausgeschrieben (Landesamtsblatt vom 26. Juli 2019). In der Ausschreibung war kein Studium und keine Matura vorgesehen. Sehen Sie in der Beauftragung der Firma vom späteren Geschäftsführer Univ. Prof. Dipl.-Ing. Goger eine Unvereinbarkeit?
- a. Wenn nein, warum nicht?
5. Wurde durch die Landesholding Burgenland GmbH eine Eigentümerweisung zur Einführung des Mindestlohnes an die FMB Burgenland GmbH erteilt?
- a. Wenn ja, wann?

- b. Wenn ja, durch wen?
  - c. Wenn ja, was war der konkrete Inhalt?
  
- 6. Wurde durch die Landesholding Burgenland GmbH eine Eigentümerweisung zur Einführung des Mindestlohnes an die FMB Facility Management Burgenland GmbH erteilt?
  - a. Wenn ja, wann?
  - b. Wenn ja, durch wen?
  - c. Wenn ja, was war der konkrete Inhalt?
  - d. Wenn nein, war dies geplant?
  
- 7. Wurde durch die Landesholding Burgenland GmbH eine Eigentümerweisung erteilt, in der man den Verkauf der FMB Facility Management Burgenland GmbH umsetzen wollte?
  - a. Wenn ja, wann?
  - b. Wenn ja, was war der konkrete Inhalt?
  - c. Wenn ja, wie ist diese Weisung entstanden?
  - d. Wenn nein, warum gab es keine Weisung?
  
- 8. Laut Rechnungshofbericht hat die LIB die Landesholding Burgenland um eine Stellungnahme zum Verkauf der FMB Facility Management Burgenland GmbH aus vergabe- und beihilfenrechtlicher Sicht ersucht. Demnach sei aus vergaberechtlicher Sicht keine öffentliche Ausschreibung erforderlich und aus beihilfenrechtlicher Sicht ein Bietverfahren empfohlen. Kennen Sie diese Stellungnahme?
  - a. Wenn ja, wer hat diese verfasst?
  - b. Wenn ja, wann wurde diese verfasst?
  - c. Wenn ja, hat es dazu eine Weisung gegeben?
    - i. Wenn ja, wie lautet der konkrete Inhalt?
  
- 9. Zur Ermittlung des Unternehmenswertes wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young beauftragt ein entsprechendes Wertgutachten zu legen. Kennen Sie dieses Gutachten?

- a. Wenn ja, hat es seitens der Landesholding eine Weisung gegeben, Ernst & Young (E&Y) mit der Erstellung des Gutachtens zu beauftragen?
- b. Wenn ja, gab es seitens der Landesholding eine Weisung mit Vorgaben für die Gutachtenserstellung?
- c. Wenn ja, waren Sie in diesen Prozess eingebunden?
- d. Wenn ja, wie ist dieses Gutachten zustande gekommen?
- e. Wenn ja, musste die Landesholding Unterlagen bzw. Informationen zur Verfügung stellen?
  - i. Wenn ja, welche?
  - ii. Wenn ja, wann?
- f. Wenn ja, wann haben Sie Kenntnis von diesem Gutachten bekommen?
- g. Wenn ja, haben Sie dieses Gutachten im Rahmen einer Regierungssitzung besprochen?
  - i. Wenn ja, wann?
  - ii. Wenn ja, wer war anwesend?
  - iii. Wenn ja, was war der konkrete Inhalt?

10. Dr. Andreas Reiner war zum Zeitpunkt des Verkaufes der FMB Facility Management Burgenland GmbH auch Prokurist der Landesholding. Er unterlag laut gegenständlichem Bericht einer Wettbewerbsklausel. Das bedeutet, dass ein Verkauf an Dr. Reiner nur möglich gewesen wäre, wenn der Aufsichtsrat der Holding diesem Geschäft zugestimmt hätte. Um dieses Zustimmungserfordernis zu umgehen, wurde die FMB Facility Management Burgenland GmbH an eine Gesellschaft im Eigentum des Vaters von Dr. Reiner verkauft. Hätten Sie diesem Verkauf in ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Landesholding zugestimmt?

11. Der Rechnungshof hat der Landesholding empfohlen, bei Direktvergaben von Beratungsleistungen sowie geistigen Dienstleistungen eine nach Auftragshöhe gestaffelte Anzahl an Angeboten vorzusehen. Werden Sie diese Empfehlung umsetzen?
- a. Wenn ja, wann?
  - b. Wenn nein, warum nicht?

12. Der Rechnungshof hat ebenso empfohlen, sämtliche Funktionen nach den Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes, des Burgenländischen Stellenbesetzungsgesetzes und nach Maßgabe der dazu ergangenen Vertragsschablonenverordnung öffentlich auszuschreiben. Werden Sie diese Empfehlung in ihrem Zuständigkeitsbereich umsetzen?
- Wenn ja, wann?
  - Wenn ja, in welchen Unternehmen?
  - Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden Sie dazu treffen?
  - Wenn ja, wird es dazu eine Weisung geben?
  - Wenn nein, warum nicht?
13. Laut Rechnungshofbericht hat die Konzernrevision der Landesholding Burgenland eine Sonderrevision beauftragt und damit eine Rechtsanwaltskanzlei beauftragt. Waren Sie in diesen Prozess eingebunden?
- Wenn ja, in welcher Form?
  - Wenn ja, wann wurde diese Revision beauftragt?
  - Wenn ja, was war der konkrete Auftrag?
  - Wenn ja, was war das Ziel der Revision?
  - Wenn ja, welche Rechtsanwaltskanzlei wurde beauftragt?
  - Wenn ja, was war das vereinbarte Entgelt?
  - Wenn ja, wurden vor der Vergabe Vergleichsangebote eingeholt?
  - Wenn ja, hat es sich um ein Pauschalangebot gehandelt?
  - Wenn ja, was ist das konkrete Ergebnis der Prüfung?
14. Im Bericht ist ersichtlich, dass die Landesholding Burgenland nach Abschluss des Verkaufsprozesses der FMB Facility Management Burgenland GmbH am 21. Mai 2021 eine Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mit einer Stellungnahme zu einem Vergleich der Vorteilhaftigkeit eines Liquidationsszenarios als Alternative zum Unternehmensverkauf beauftragte. Waren Sie in diesen Prozess eingebunden bzw. hatten Sie Kenntnis darüber?
- Wenn ja, in welcher Form?
  - Wenn ja, wann wurde diese Revision beauftragt?
  - Wenn ja, was war der konkrete Auftrag?
  - Wenn ja, was war das Ziel der Revision?

- e. Wenn ja, welche Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft wurde beauftragt?
- f. Wenn ja, was war das vereinbarte Entgelt?
- g. Wenn ja, wurden vor der Vergabe Vergleichsangebote eingeholt?
- h. Wenn ja, hat es sich um ein Pauschalangebot gehandelt?
- i. Wenn ja, was ist das konkrete Ergebnis der Prüfung?

15. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht angeführt, dass dieselbe Rechtsanwaltskanzlei einerseits mit der Stellungnahme und andererseits mit der Revision beauftragt wurde. Dadurch wäre nicht damit zu rechnen gewesen, dass die bisherige Beurteilung revidiert wird. Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, damit diese beiden Prozesse zweckmäßig und nachvollziehbar sind?